

Redner zu nachfolgendem Tagesordnungspunkt

Präsidentin Ilse Aigner

Abg. Markus Striedl

Abg. Martin Wagle

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann

Abg. Dr. Markus Bächler

Abg. Martin Behringer

Abg. Sabine Gross

Präsidentin Ilse Aigner: Ich rufe **Tagesordnungspunkt 13** auf:

Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u. a. und Fraktion (AfD)

Sicherheitspaket bayerischer Nahverkehr - Einführung digitaler Hausverbote, strafrechtliche Flankierung, Verhinderung von Belastungen für den Steuerzahler durch konsequenten Regress und vollständige Kostenfreistellung der Verkehrsunternehmen (Drs. 19/9969)

Bevor ich die Aussprache eröffne, weise ich nochmals darauf hin, dass die AfD-Fraktion zu diesem Antrag namentliche Abstimmung beantragt hat. Ich eröffne nun die Aussprache. Die Gesamtredezeit der Fraktionen beträgt 29 Minuten. Die Redezeit der Staatsregierung orientiert sich dabei an der Redezeit der stärksten Fraktion. Der erste Redner ist Herr Kollege Markus Striedl für die AfD-Fraktion, der bereits am Rednerpult steht.

(Beifall bei der AfD)

Markus Striedl (AfD): Sehr geehrte Frau Präsidentin, geschätzte Kolleginnen und Kollegen! München, Engelschalking: Ein Mann schlägt brutal auf einen Bahnmitarbeiter ein und beißt zu. München, Feldmoching: Ein Täter stößt einen Triebfahrzeugführer zu Boden und tritt massiv auf den Lokführer ein. Ebersberg: Ein Achtzehnjähriger wird rücksichtslos ins Gleisbett gestoßen und anschließend gegen den Kopf getreten. Friedberg: Ein Fahrgast bedroht unbescholtene Mitreisende mit einer abgebrochenen Glasflasche. – Wenn Sie unseren Antrag auf ein echtes Sicherheitspaket im bayerischen Nahverkehr ablehnen, sagen Sie dazu: Jawohl, wir schauen weiterhin weg.

Die verheerende Sicherheitslage im Schienenverkehr, die durch den tragischen Fall des Zugbegleiters in Kaiserslautern deutlich wird, der im Dienst verstarb, nachdem er tödlich angegriffen worden ist, war der tiefere Anlass für diesen Antrag. Das war der Moment, in dem jedem verantwortungsvollen Politiker klar sein muss: Es braucht eine fundamentale Abkehr von dieser unhaltbaren Drehtürmentalität in unseren Zügen.

Wir schulden es unserem Personal, hier und heute den rechtlichen Riegel in Bayern vorzuschieben.

Bisher läuft es aber genauso weiter: Jemand greift einen Schaffner an, die Polizei wird gerufen, nimmt am nächsten Bahnhof die Personalien auf und verweist den Randalierer des Zuges. Und was passiert danach? – Oft, sogar nur wenige Stunden später, darf dieselbe Person mit dem nächsten Zug auf derselben Strecke weiterfahren, auf der womöglich derselbe Schaffner seinen Dienst tut. Meine Damen und Herren, das ist unerträglich.

Wenn der ÖPNV eine Leistung des Freistaates ist, greift bei der Durchführung die Beförderungspflicht. Solange eine Person im konkreten Moment des Zustiegs keine aktuelle Gefahr darstellt, ist das Verkehrsunternehmen rechtlich nicht berechtigt, diese Person dauerhaft auszuschließen. Es gibt aktuell schlichtweg keine langfristigen Hausverbote bei der Bahn.

Als ich diesen unhaltbaren Zustand im Ausschuss dargelegt habe, kamen von den Bänken der GRÜNEN und der SPD entlarvende Reaktionen, die man sich auf der Zunge zergehen lassen muss. Es wurde gesagt: Gott sei Dank gibt es diese Hausverbote nicht. – Ich fordere die Kolleginnen und Kollegen der GRÜNEN und der SPD auf, hier und heute im Plenum ausdrücklich dazu Stellung zu nehmen. Treten Sie vor das Mikrofon und erklären Sie bitte den bayerischen Bahnmitarbeitern und den verängstigten Fahrgästen diesen Zwischenruf.

(Beifall bei der AfD)

Erklären Sie den Menschen da draußen, warum Sie befürworten, dass Gewalttäter und Randalierer am nächsten Tag wieder im selben Zug sitzen dürfen. Das ist pure Verachtung für die Opfer dieser Gewalt.

(Beifall bei der AfD)

Kollege Wagle von der CSU behauptete im Ausschuss, man brauche diesen Antrag wieder einmal überhaupt nicht, weil man Randalierer akut rauswerfen könne. Das greift aber zu kurz. Was nützt der akute Rausschmiss, wenn das Spiel am nächsten Tag von vorn beginnt? – Wir fordern die Einführung digitaler, softwarebasierter Hausverbote. Wer zuschlägt oder randaliert, muss wie im Zivilrecht ein langfristiges Hausverbot erhalten. Wer trotzdem eine Bahnanlage betritt, begeht einen vorsätzlichen Hausfriedensbruch, der konsequent strafrechtlich verfolgt werden muss.

Dazu gehört auch die Identifikationsobliegenheit. Niemand will den anonymen Ticketverkauf verbieten. Wer aber mit einer anonymen Streifenkarte einsteigt, muss auf Verlangen des Personals auch den Lichtbildausweis vorzeigen, damit wir überhaupt kontrollieren können, wer Hausverbot hat und wer nicht. Wer sich dem Personal gegenüber nicht freiwillig identifizieren möchte, hat sein Recht zur Beförderung verwirkt.

Noch ein Punkt zur steuerlichen Gerechtigkeit: Wenn im ÖPNV Schäden durch Vandalismus entstehen, werden diese Kosten derzeit auf den Steuerzahler abgewälzt. Wir fordern den konsequenten Regress. Die Täter müssen für jeden Cent an Sachschäden, Personalkosten, Fahrgastentschädigungen und Zugausfällen unmittelbar selbst haften. Für mich ist das keine theoretische Debatte. Wenn ich sehe, was auf unseren Bahnhöfen passiert, wie die Mitarbeiter im Dienst krankenhaushausreif geschlagen und getreten werden und vor allem, wie feige und ignorant die Altparteien in diesem Parlament agieren bzw. nicht agieren, kann ich nur sagen: Das kann man beim besten Willen keinem Mitarbeiter der Bahngesellschaften, die unser Land am Laufen halten, auch nur ansatzweise erklären.

(Beifall bei der AfD)

Präsidentin Ilse Aigner: Für die CSU-Fraktion spricht Herr Kollege Martin Wagle.

Martin Wagle (CSU): Sehr geehrte Frau Präsidentin, liebe Kolleginnen und Kollegen! Herr Kollege Striedl, Sie überraschen mich schon wieder, weil Sie ausnahmsweise einmal anwesend sind und Ihren Antrag vorstellen.

(Widerspruch bei der AfD)

Ich kann Ihnen jetzt schon sagen: Diesen Antrag braucht es genauso wenig wie den, den Sie vorher nicht vorgestellt haben. Ich kann mir jetzt ein bisschen Zeit sparen; denn vorher habe ich Ihren Antrag vorstellen müssen, weil sonst keiner gewusst hätte, worüber wir debattieren. Jetzt kann ich es wenigstens kürzer machen.

Sie beschreiben einen Personenkreis, der am Schienenpersonennahverkehr teilnimmt und dadurch auffällt, dass er keinen Fahrschein mit sich führt, den Zug beschmutzt oder beschädigt, die Auskunft verweigert, vielleicht auch über den Fahrschein und die Identität, oder aggressives Verhalten an den Tag legt. Dafür gibt es klare Regelungen, wie in diesen Fällen vorzugehen ist. Diese sind auch einzuhalten und haben sich als wirksam bewährt.

Die Zugbegleiterinnen und Zugbegleiter sind darin geschult, sich in solchen Fällen richtig zu verhalten und zu deeskalieren. Diese haben auch die Möglichkeit, Bodycams zu tragen, um diese Vergehen aufzuzeichnen, genauso wie Polizeibeamtinnen und Polizeibeamte. Wenn man merkt, etwas gerät außer Kontrolle, dann kann man sofort die Bundespolizei verständigen, die dann am nächstgelegenen Bahnhof wartet und den jeweiligen Delinquenten in Empfang nimmt und die weiteren Schritte einleitet. Die weiteren Schritte sind auch, die Personalien festzustellen und gegebenenfalls auch Anzeige zu erstatten und sämtliche Dinge, die beschädigt worden sind, wieder einzufordern. Hier gibt es keine Lücke. Es gibt ein komplett geregeltes Vorgehen.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Darüber hinaus hat die Bundespolizei auch Möglichkeiten, Videoaufzeichnungen am Bahnhof oder in den Zügen zu sichten, Material zu sichten und dann festzustellen, wer was getan hat. Auch das ist möglich. Es gibt übrigens auch im öffentlichen Personennahverkehr schon Kameras, die automatisch mit KI feststellen, wo aggressives Verhalten stattfindet, und dann auch Alarm auslösen und die nötigen Schritte einleiten.

Es ist tatsächlich alles geregelt. Dass manches eskaliert, werden Sie weder irgendwo im öffentlichen Raum noch sonst irgendwo verhindern können durch das, was Sie hier als Lösung anbieten. Das ist ja ein Witz: digitale Hausverbote, unverhältnismäßige Beförderungsausschlüsse, Identifikationsobliegenheit mit dem Vollzug durch das Zugpersonal – das ist alles ein Witz –, umfangreiche Gesetzesänderungen usw. Das ist völlig untauglich. Das Vorgehen ist geregelt und wirksam. Dabei bleiben wir auch. Es ist Blödsinn, was Sie hier vorschlagen. Daher lehnen wir Ihren Antrag ab.

(Beifall bei der CSU und den FREIEN WÄHLERN)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben! Herr Kollege, bitte am Rednerpult bleiben. Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Markus Striedl, AfD-Fraktion, vor. Bitte schön.

Markus Striedl (AfD): Herr Wagle, ganz verstanden haben Sie es anscheinend noch nicht, aber ich helfe da gerne ein bisschen nach. Die Problematik ist doch die: Wenn Sie ein Geschäft haben und da führt sich einer auf, dann schmeißen sie den raus, der bekommt ein Hausverbot, wenn er wieder auftaucht, wird er eingekastelt.

In der Bahn ist das nicht so. Der ist am nächsten Tag wieder beim gleichen Personal im gleichen Zug drin, und Sie haben rechtlich keine Handhabe. Sagen Sie mir doch bitte schön mal, ob Sie das in Ordnung finden.

Martin Wagle (CSU): Sie haben natürlich die Möglichkeit, Personen auszuschließen, die den Ablauf im Bahnverkehr gefährden würden. Das können Sie jetzt schon. Da gibt es die rechtliche Handhabe. Aber das, was Sie hier wollen, brauchen wir nicht.

(Beifall bei der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Nächster Redner ist der Kollege Dr. Markus Büchler für die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Bitte schön.

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Sehr geehrter Herr Präsident, Kolleginnen und Kollegen! Wenn man mit den Verkehrsunternehmen spricht, die in Bayern und in ganz Deutschland unterwegs sind, wenn man mit Zugbegleitern spricht, dann hört man, dass der Ton im Zug rauer wird, dass es immer öfter dazu kommt, dass Personal an Bord verbal angegriffen wird. Es gab jetzt auch schon Fälle, wo Personal an Bord tätlich angegriffen worden ist. Wir wissen alle von dem bedauerlichen tödlichen Übergriff auf den Bahnmitarbeiter Serkan in Rheinland-Pfalz vor einiger Zeit.

Diese Situation ist zurückzuführen unter anderem auf den schlechten Zustand der Eisenbahn. Sie ist aber auch darauf zurückzuführen, dass es Menschen und politische Gruppen bei uns gibt, die die politische Stimmung im Land immer weiter aufheizen, das Land spalten

(Zuruf des Abgeordneten Christoph Maier (AfD))

und die Leute aufhetzen, was dazu führt, dass es immer mehr zu Streit, zu Hass und zu rassistischen Übergriffen kommt. Das sind Sie von der AfD!

(Beifall bei den GRÜNEN)

Es ist notwendig, dass wir uns diesem Thema widmen und dass wir für mehr Sicherheit für unser Personal an Bord der Züge in Bayern und in Deutschland sorgen. Nach diesem dramatischen Vorfall und diesem tödlichen Übergriff auf Serkan sind Arbeitsgruppen eingerichtet worden. Es wurden Themen bearbeitet und Maßnahmen vorbereitet: Bodycams für Mitarbeitende, Doppelbesetzung in den Zügen auf den Strecken oder an Tagen, an denen das erforderlich ist. Es wird einiges gemacht, soweit es die Personalkapazitäten hergeben, um unser Personal zu schützen. Wir können dankbar sein um jeden Zugbegleiter und jede Zugbegleiterin, die an Bord ihren Dienst tun.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Am allerwenigsten ist es allerdings die AfD, die hier irgendetwas dazu beiträgt. Das zeigt allein schon der Vorfall in Moosburg, über den man in der Zeitung lesen kann, wo ein AfD-Abgeordneter, Stadler, einen Menschen mit dunkler Hautfarbe aus dem Zug geschubst hat, Ermittlungen behindert hat und dann noch ein rassistisches Video gepostet hat. Das ist schäbig und abscheulich. Und ausgerechnet von Ihnen kommt jetzt hier dieser Antrag, und ausgerechnet Sie geben vor, Sie wollen für mehr Sicherheit in den Zügen sorgen. Ich glaube, ein guter Beitrag wäre schon einmal, wenn AfD-Abgeordnete nicht mehr an Bord von bayerischen Zügen sind.

(Beifall bei den GRÜNEN sowie Abgeordneten der CSU und der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Bitte am Rednerpult bleiben! Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Markus Striedl, AfD-Fraktion, vor.

Markus Striedl (AfD): Herr Kollege Bächler, Sie sagen, die Maßnahmen, die wir haben, reichen aus. Sie tun was. Okay. – Wie, denken Sie, fühlt sich ein Bahnmitarbeiter, wenn er am Vortag von einem Fahrgast beleidigt, bespuckt, eventuell beworfen wird und am nächsten Tag, am Folgetag, sitzt genau dieser Fahrgast ihm gegenüber und grinst ihm saublöd in die Bodycam, weil er genau weiß, er kann nur etwas tun, wenn einer akut den Betrieb gefährdet? Das ist hier nicht möglich. – Finden Sie das gut, oder würden Sie gerne etwas dagegen tun?

Dr. Markus Bächler (GRÜNE): Ich kenne viele Zugbegleiter. Ich glaube, viele sind froh, wenn sie Sie nicht an Bord des Zuges haben.

(Beifall bei den GRÜNEN – Unruhe bei der AfD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächster Redner ist der Kollege Martin Behringer für die Fraktion der FREIEN WÄHLER.

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, liebe Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit im öffentlichen Personennahverkehr ist ein hohes

Gut. Fahrgäste und Beschäftigte müssen sich darauf verlassen können, dass Busse, Straßenbahnen und Züge sichere Orte sind. Gerade deshalb müssen wir bei Forderungen nach sicherheitspolitischen Maßnahmen genau hinschauen, ob diese tatsächlich geeignet, erforderlich und verhältnismäßig sind.

Der vorliegende Antrag erfüllt diese Anforderungen sicherlich nicht. Bereits die Grundannahme des Antrags wirft Fragen auf. Die Durchsetzung von Hausverboten im ÖPNV solle auf das Niveau privater Dienstleister angehoben werden. Doch was ist damit genau gemeint? Der bayerische ÖPNV wird bereits jetzt und heute überwiegend von privaten Verkehrsunternehmen erbracht, von mehr als 1.000 Unternehmern mit völlig unterschiedlichen Strukturen. Man muss vielleicht auch sagen: Man kann nur mal Danke sagen an alle, die im ÖPNV arbeiten und tagtäglich diese Arbeiten verrichten, ob im Zug, in der Straßenbahn oder in den Bussen. Dafür ein herzliches Dankeschön an alle.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Zu dem vorgeschlagenen softwarebasierten Identifizierungssystem: Die Ausübung des Hausrechts liegt bereits heute in der Verantwortung der jeweiligen Unternehmer. Wer zusätzliche technische Maßnahmen für notwendig hält, kann diese natürlich schon jetzt einsetzen. Es besteht kein rechtliches Hindernis.

Es wäre jedoch weder sachgerecht noch verhältnismäßig, jedem Verkehrsunternehmen dieselben kostspieligen Überwachungs- und Identifizierungssysteme vorzuschreiben, unabhängig davon, ob vor Ort überhaupt entsprechender Bedarf besteht oder nicht. Ein kleiner regionaler Busbetrieb steht vor völlig anderen Herausforderungen als ein großer Verkehrskonzern in einer Großstadt. Eine pauschale Verpflichtung würde erhebliche Kosten verursachen, ohne dass deren Nutzen nachgewiesen würde. Gleichzeitig würde sie in die unternehmerische Freiheit der Betriebe eingreifen und könnte rechtlich angreifbar sein.

Bereits heute besteht eine Beförderungspflicht nur für Personen, die die Beförderungsbedingungen einhalten. Wer eine Gefahr für die Sicherheit oder die Ordnung des Betriebes darstellt, kann von der Beförderung ausgeschlossen werden. Hausverbote können ausgesprochen werden, und diese müssen dementsprechend umgesetzt werden. Der öffentliche Personennahverkehr dient der Mobilität der Bevölkerung. Dauerhafte Ausschlüsse dürfen nur in eng begrenzten Ausnahmefällen erfolgen und müssen stets dem konkreten Fehlverhalten angemessen sein.

Auch die Forderung nach einer vollständigen Kostenfreistellung der Eisenbahnverkehrsunternehmen durch den Freistaat überzeugt nicht. Die Sicherheit in Fahrzeugen privater Unternehmen gehört zunächst zur Verantwortung dieser Unternehmen. Zusätzliche Sicherheitsmaßnahmen können bereits heute bei der Kalkulation von Verkehrsverträgen berücksichtigt werden.

Die heutige Regelung ist praktikabel und bewährt. Wenn eine Identifizierung erforderlich ist, wird die Polizei hinzugezogen. Sie verfügt über die notwendigen Befugnisse, die entsprechende Ausbildung und die Möglichkeit, auch in konfliktbelasteten Situationen rechtssicher zu handeln.

Meine Damen und Herren, der Antrag liefert vor allem mehr Bürokratie, mehr Kosten, mehr Rechtsunsicherheit und mehr Eingriffe in die bestehenden Zuständigkeiten. Deshalb lehnen wir den Antrag ab.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Mir liegt eine Meldung zu einer Zwischenbemerkung vom Abgeordneten Markus Striedl, AfD, vor. Bitte schön.

Markus Striedl (AfD): Herr Kollege Behringer, erst einmal danke schön, dass Sie im Gegensatz zum Kollegen von den GRÜNEN unseren Antrag zumindest mal gelesen und meiner Meinung nach sogar verstanden haben. Was noch fehlt, ist das Verständnis für den Umgang mit schwierigen Personen – nennen wir es mal so. Es gibt

die Beförderungspflicht nach § 8 des Personenbeförderungsgesetzes. Die schränkt Hausverbote ein und lässt sie quasi wirkungslos werden, weil die Beförderungspflicht besteht, solange keine akute Gefährdung für den Betrieb vorliegt.

Der nächste Punkt, den Sie angesprochen haben, ist, dass die bayerische Beförderungslandschaft sehr zersplittert ist. Woher weiß denn die Deutsche Bahn, ob Unternehmer B jemandem Hausverbot erteilt hat? – Sie weiß das gar nicht. Man lässt Gewalttäter, Gefährder einfach wieder in dem Zug mitfahren. Die Frage an Sie: Finden Sie das richtig?

Martin Behringer (FREIE WÄHLER): Herr Striedl, ich glaube, ich habe das in meiner Rede umfangreich beantwortet. Es braucht keine weiteren Erklärungen. Sie wollen nur Menschen ausschließen, die nicht in Ihr Weltbild passen. Nur darum geht es. Um nichts anderes geht es Ihnen.

(Widerspruch bei der AfD)

Der Kollege Bächler hat das, glaube ich, mit einem Beispiel eindrucksvoll bewiesen. Ich glaube, dem braucht man nichts hinzuzufügen.

(Beifall bei den FREIEN WÄHLERN und der CSU)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Nächste Rednerin ist die Kollegin Sabine Gross für die SPD-Fraktion. Bitte schön, Sie haben das Wort.

Sabine Gross (SPD): Sehr geehrter Herr Vizepräsident, sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Sicherheit im öffentlichen Nahverkehr ist ein ernstes Thema. Der Tod eines Zugbegleiters hat uns alle schwer erschüttert. Niemand in diesem Haus wird daran zweifeln, dass das Personal im ÖPNV besser geschützt werden muss. Aber was die AfD hier vorliegt, ist kein Sicherheitspaket. Es ist ein Überwachungs paket.

Schauen wir einmal genauer hin. Der Antrag will, dass künftig jede Busfahrt, jede U-Bahnfahrt zur identifizierbaren Handlung wird. Wer eine Streifenkarte kauft, soll künftig

den Ausweis vorzeigen. Wer das verweigert, verliert seinen Anspruch auf Beförderung. Das bedeutet, dass Millionen unbescholtener Fahrgäste unter Generalverdacht gestellt werden, damit eine kleine Minderheit von Störern erfasst werden kann. Das ist unverhältnismäßig. Das wäre auch rechtswidrig. Es ist Aktionismus und trifft auch nicht alle gleich.

ÖPNV ist Daseinsvorsorge. Das scheinen Sie zu vergessen. Ältere Menschen, Menschen ohne Smartphone, Menschen mit wenig Geld, sie alle müssen auf unkomplizierte Art und Weise den ÖPNV nutzen können. Eine flächendeckende Identifikationspflicht trifft genau diese Menschen am härtesten. Das ist keine Sicherheitspolitik, das ist Ausgrenzungspolitik.

Dazu kommen erhebliche rechtliche Fragen. Wer eine zentrale staatliche Datenbank mit Hausverboten aufbaut, die an ein Ticketsystem gekoppelt sind, baut eine Überwachungsinfrastruktur auf, die weit über den ÖPNV hinausgeht. Fehler im System, falsche Einträge, missbrauchte Daten: Der Antrag gibt hierauf keine Antwort.

Regressforderung klingt gerecht, ist aber in der Praxis kaum durchsetzbar. Hier wird dem Steuerzahler ein Versprechen gemacht, das nicht einzuhalten ist.

Was wir wirklich brauchen, sind mehr Sicherheitspersonal an den Brennpunkten, bessere Notfallsysteme, schnellere Strafverfolgung bei Gewalt gegen Beschäftigte, gezielt, wirksam, verhältnismäßig, ohne Millionen von Fahrgästen unter Generalverdacht zu stellen. – Wir lehnen diesen Antrag ab.

(Beifall bei der SPD)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Danke schön. – Weitere Wortmeldungen liegen mir nicht vor. Die Aussprache ist geschlossen. Wir kommen zur namentlichen Abstimmung. Der federführende Ausschuss für Wohnen, Bau und Verkehr empfiehlt die Ablehnung des Antrags. Die Abstimmungszeit beträgt drei Minuten. Die Abstimmung ist freigegeben.

(Namentliche Abstimmung von 18:14 bis 18:17 Uhr)

Hatten alle Kolleginnen und Kollegen die Möglichkeit, die Stimme abzugeben? – Das scheint der Fall zu sein. Damit ist die Abstimmung geschlossen. Das Ergebnis der namentlichen Abstimmung wird nun außerhalb des Plenarsaals ermittelt und in Kürze bekannt gegeben.

Wie bereits zu Beginn unserer Sitzung bekannt gegeben, entfällt Tagesordnungspunkt 14. Darf ich um etwas Ruhe bitten? – Die Abstimmung ist um. Wir fahren mit der Tagesordnung fort.

(...)

Vierter Vizepräsident Ludwig Hartmann: Ich gebe jetzt das Ergebnis der namentlichen Abstimmung bekannt. Es geht um den Antrag der AfD-Fraktion betreffend "Sicherheitspaket bayerischer Nahverkehr – Einführung digitaler Hausverbote, strafrechtliche Flankierung, Verhinderung von Belastungen für den Steuerzahler durch konsequenten Regress und vollständige Kostenfreistellung der Verkehrsunternehmen" auf Drucksache 19/9969. Mit Ja haben 22 gestimmt, mit Nein haben 116 gestimmt. Niemand hat sich der Stimme enthalten. Der Antrag ist abgelehnt.

(Abstimmungsliste siehe Anlage 3)

Abstimmungsliste

zur namentlichen Abstimmung am 17.06.2026 zu Tagesordnungspunkt 13: Antrag der Abgeordneten Markus Striedl, Katrin Ebner-Steiner, Benjamin Nolte u. a. und Fraktion AfD; Sicherheitspaket bayerischer Nahverkehr - Einführung digitaler Hausverbote, strafrechtliche Flankierung, Verhinderung von Belastungen für den Steuerzahler durch konsequenten Regress und vollständige Kostenfreistellung der Verkehrsunternehmen (Drs. 19/9969)

Name	Ja	Nein	Enthalte mich	Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Adjei Benjamin		X		Dr. Ebner Stefan			
Aigner Ilse		X		Ebner-Steiner Katrin	X		
Aiwanger Hubert				Eisenreich Georg		X	
Arnold Dieter				Enders Susann		X	
Arnold Horst							
Artmann Daniel		X		Fackler Wolfgang			
Atzinger Oskar	X			Fehlner Martina		X	
				Feichtmeier Christiane		X	
Bäumler Nicole		X		Flierl Alexander		X	
Bauer Volker		X		Freller Karl	X	X	
Baumann Jörg				Freudenberger Thorsten		X	
Baumgärtner Jürgen				Friedl Patrick			
Baur Konrad		X		Friesinger Sebastian			
Prof. Dr. Bausback Winfried		X		Frühbeißer Stefan		X	
Becher Johannes		X		Fuchs Barbara			
Becker Barbara		X		Füracker Albert		X	
Dr. Behr Andrea		X					
Behringer Martin		X		Gerlach Judith			
Beißwenger Eric				Gießübel Martina		X	
Bergmüller Franz				Glauber Thorsten			
Bernreiter Christian				Gmelch Christin	X		
Birzele Andreas				Goller Mia			
Blume Markus				Gotthardt Tobias			
Böhm Martin				Graupner Richard	X		
Böttl Maximilian		X		Grießhammer Holger		X	
Bozoglu Cemal		X		Grob Alfred		X	
Brannekämper Robert		X		Groß Johann		X	
von Brunn Florian		X		Gross Sabine		X	
Dr. Brunnhuber Martin		X		Grossmann Patrick			
Dr. Büchler Markus		X		Guttenberger Petra			
Celina Kerstin		X		Halbleib Volkmar		X	
				Halemba Daniel	X		
Deisenhofer Maximilian				Hanna-Krahl Andreas			
Demirel Gülseren		X		Hartmann Ludwig		X	
Dierkes Rene				Hauber Wolfgang			
Dierl Franc		X		Heinisch Bernhard		X	
Dr. Dietrich Alexander		X		Heisl Josef		X	
Dietz Leo		X		Dr. Herrmann Florian		X	
Dorow Alex		X		Herrmann Joachim			
Dremel Holger		X		Hierneis Christian		X	
Dünkel Norbert		X		Högl Petra		X	
				Hofmann Michael		X	
Eberwein Jürgen		X		Hold Alexander			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Holetschek Klaus			
Holz Thomas		X	
Dr. Hopp Gerhard			
Huber Martin	X		
Huber Martin Andreas			
Huber Thomas		X	
Huml Melanie		X	
Jäckel Andreas		X	
Jakob Marina		X	
Jungbauer Björn		X	
Jurca Andreas	X		
Kaniber Michaela			
Kaufmann Andreas			
Kirchner Sandro			
Knoblach Paul			
Knoll Manuel		X	
Köhler Claudia			
Köhler Florian	X		
Kohler Jochen		X	
Konrad Joachim		X	
Kraus Nikolaus			
Kühn Harald		X	
Kurz Sanne		X	
Lausch Josef		X	
Lettenbauer Eva		X	
Lindinger Christian		X	
Lipp Oskar	X		
Locke Felix		X	
Löw Stefan	X		
Dr. Loibl Petra		X	
Lorenz Andreas			
Ludwig Rainer			
Magerl Roland			
Maier Christoph	X		
Mang Ferdinand			
Mannes Gerd	X		
Dr. Mehring Fabian			
Meier Johannes	X		
Meußgeier Harald			
Meyer Stefan		X	
Miskowitsch Benjamin		X	
Mistol Jürgen		X	
Mittag Martin		X	
Müller Johann	X		
Müller Ruth		X	
Müller Ulrike			
Nolte Benjamin	X		
Nussel Walter		X	
Dr. Oetzinger Stephan		X	
Osgyan Verena		X	
Pargent Tim		X	

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Prof. Dr. Piazolo Michael		X	
Pirner Thomas		X	
Pohl Bernhard		X	
Post Julia			
Preidl Julian		X	
Rasehorn Anna		X	
Rauscher Doris		X	
Reiß Tobias		X	
Rinderspacher Markus			
Rittel Anton		X	
Roon Elena	X		
Rosenberger Martin			
Saller Markus		X	
Schack Jenny		X	
Schalk Andreas			
Scharf Martin			
Scharf Ulrike			
Scheuenstuhl Harry		X	
Schießl Werner			
Schmid Franz	X		
Schmid Josef		X	
Schmidt Gabi			
Schnotz Helmut		X	
Schnürer Sascha		X	
Schöffel Martin			
Schorer-Dremel Tanja		X	
Schramm Johanna		X	
Schreyer Kerstin		X	
Schuberl Toni		X	
Schuhknecht Stephanie		X	
Schulze Katharina			
Schwab Thorsten		X	
Dr. Schwartz Harald		X	
Seidenath Bernhard		X	
Siekmann Florian		X	
Singer Ulrich	X		
Dr. Söder Markus			
Sowa Ursula			
Stadler Ralf			
Stieglitz Werner		X	
Stock Martin		X	
Stolz Anna			
Storm Ramona	X		
Straub Karl		X	
Streibl Florian			
Striedl Markus	X		
Dr. Strohmayr Simone		X	
Stümpfig Martin		X	
Tasdelen Arif			
Tomaschko Peter		X	
Toso Roswitha		X	
Trautner Carolina		X	
Triebel Gabriele		X	
Vogel Steffen			

Name	Ja	Nein	Enthalte mich
Vogler Matthias	X		
Wachler Peter		X	
Wagle Martin		X	
Walbrunn Markus	X		
Freiherr von Waldenfels Kristan		X	
Waldmann Ruth		X	
Weber Laura		X	
Dr. Weigand Sabine			
Weigert Roland			
Weitzel Katja		X	
Widmann Jutta			
Winhart Andreas			
Zellmeier Josef		X	
Zierer Benno		X	
Freiherr von Zobel Felix		X	
Zöller Thomas		X	
Zwanziger Christian		X	
Gesamtsumme	22	116	0